



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2011/09678**
Datum: 06.04.2011
Bezug-Nummer.
HHstelle/Kostenstelle: 1.0010.650000/
0100.7000
Verfasser: Herr Dietmar Wehrich

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.04.2011	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	14.06.2011	öffentlich Vorberatung
Stadtrat		öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des
"Bündnis für eine Soziale Stadt"**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt den Beitritt der Stadt Halle zum „Bündnis für eine Soziale Stadt“.

gez. Dietmar Wehrich
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Im Januar 2011 haben Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, Schader-Stiftung und Deutscher Mieterbund ein bundesweit agierendes „Bündnis für eine Soziale Stadt“ gegründet.

Hintergrund war insofern die für das Jahr 2011 von der Bundesregierung beschlossene drastische Kürzung der Mittel des Förderprogramms "Soziale Stadt", welches baulich-investive und soziale Maßnahme miteinander verbindet und so die integrierte Stadtentwicklung fördert. Das „Bündnis für eine Soziale Stadt“ fordert die Regierungskoalition in Berlin auf, die Programmkürzungen zurück zu nehmen und für 2012 wieder die gleiche Höhe an Fördermitteln wie im Jahr 2010 zur Verfügung zu stellen.

Mit Hilfe des Förderprogramms konnten auch in Halle-Neustadt in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen realisiert werden. Ein Großteil der Projekte des vom Stadtrat beschlossenen fortgeschriebenen Handlungskonzeptes „Soziale Stadt Halle-Neustadt 2009-2013“ ist nunmehr in der Umsetzung gefährdet.

Nähere Informationen zum „Bündnis für eine Soziale Stadt“ unter: <http://www.buendnis-soziale-stadt.de/>

Mitgliedsbeiträge o. ä. für die Unterstützung des Bündnisses werden nicht erhoben.

Anlage:

Bündnis für eine Soziale Stadt – Gründungsaufruf vom 13.01.2011

Sitzung des Stadtrates am 27.04.2011

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Unterstützung des „Bündnis für eine Soziale Stadt“

Vorlage-Nr.: V/2011/09678

TOP: 7.3

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Begründung:

Das Programm Soziale Stadt ist durch seinen ursprünglichen Ansatz der Verknüpfung von investiven baulichen Maßnahmen und nicht investiven, begleitenden Projekten sehr gut geeignet um in Stadtteilen, die sehr stark von den Folgen des demografischen Wandels betroffen sind, eingesetzt zu werden. Das Programm füllt durch seine Ausrichtung eine Lücke, die mit den „klassischen“ Förderprogrammen der Stadtsanierung, des städtebaulichen Denkmalschutzes sowie Stadttumbau Ost Abbruch und Aufwertung nicht abgedeckt wird und ist damit auch für Gebiete geeignet, in denen komplexe strukturelle Problemlagen erkennbar sind, die über reine städtebauliche Mängel hinausgehen.

Die Stadt Halle hat mit dem Stadtteil Halle Neustadt einen sehr großen und für das städtische Gefüge sehr wesentlichen Stadtteil der mit dem Jahr 2008 (nach Ablauf der Urban 21 Förderung 2001-2008) vollständig in das Programm Soziale Stadt aufgenommen wurde. Die Programmkürzungen bedeuten praktisch, dass über die bereits bewilligten Mittel hinaus bis 2013 keine weiteren Fördermittel zur Verfügung stehen werden. Außerdem stünde bei einem grundsätzlichen Auslaufen des Programms Soziale Stadt kein Förderprogramm mehr zur Verfügung, welches perspektivisch in Stadtteilen mit einer engen Verknüpfung von sozialen und städtebaulichen Problemstellung angewandt werden könnte.

Aus den genannten Gründen befürwortet die Verwaltung den Erhalt des Programms Soziale Stadt als einen wesentlichen Baustein der Städtebauförderung und die darauf ausgerichtete Arbeit des „Bündnisses für eine Soziale Stadt“

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister